

Sven C. Singhofen

Russland nach den Präsidentschaftswahlen

Wohin geht die gelenkte Demokratie
und Energiegroßmacht unter Dmitrij Medwedew?

Kieler Analysen zur Sicherheitspolitik Nr. 24

A stylized, light gray globe graphic is positioned in the lower right quadrant of the page. It features latitude and longitude lines and is partially overlaid by the ISUK.org logo and the footer text.

ISUK.org

Institut für **S**icherheitspolitik an der Christian-Albrechts-**U**niversität zu **K**iel

Zusammenfassung

Bei den Präsidentschaftswahlen vom 02.03.2008 ist Dmitrij Medwedew mit großem Abstand zum Nachfolger Wladimir Putins im Kreml gewählt worden. Verglichen mit den übrigen Kandidaten aber auch mit Putin selbst erscheint der neue Präsident Russlands als ein eher liberal ausgerichteter Akteur. Ein Blick auf seine Biographie und seine programmatischen Äußerungen während und nach den Wahlen bestätigt diesen Eindruck. Berücksichtigt man allerdings die Rahmenbedingungen, die durch Russlands momentane Verfasstheit als „gelenkte Demokratie“ und durch die Weichenstellungen der letzten Jahre vorgegeben werden, dann scheint der Spielraum für einen substantiellen Politikwechsel in der Innen- und Außenpolitik begrenzt zu sein.

Sven C. Singhofen

Russland nach den Präsidentschaftswahlen. Wohin geht die gelenkte Demokratie und Energiegroßmacht unter Dmitrij Medwedew?
Kieler Analysen zur Sicherheitspolitik Nr. 24
Kiel, Mai 2008.

Impressum:

Herausgeber:
Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik
an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
Prof. Dr. Joachim Krause
Westring 400

24118 Kiel

ISUK.org

Die veröffentlichten Beiträge mit Verfasserangabe geben die Ansicht der betreffenden Autoren wieder, nicht notwendigerweise die des Herausgebers oder des Instituts für Sicherheitspolitik.

© 2008 Institut für Sicherheitspolitik an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (ISUK).

1. Russland nach den Präsidentschaftswahlen 2008

Die Kuh ist vom Eis. Das sogenannte „Projekt 2008“ – die Suche nach einem Nachfolger für Präsident Putin –, das viele politische Eliten Russlands wohl die ein oder andere schlaflose Nacht gekostet hat, zu immer neuen Spekulationen geführt und auch zu solchen Stillblüten wie dem Projekt, Wladimir Putin zu einem über den Verfassungsorganen stehenden „Nationalen Führer“ zu machen, ist erfolgreich und nach Plan abgeschlossen worden. Russland hat mit Dmitrij Medwedew einen neuen Präsidenten, der am 07.05.08 die Amtsgewalt von seinem Vorgänger Wladimir Putin übernehmen wird.

Das Projekt ist in zwei Akten über die Bühne gegangen. Den Auftakt bildeten die Dumawahlen im Dezember vergangenen Jahres, bei denen die Partei Einiges Russland (Edinaja Rossija), maßgeblich unterstützt durch die Entscheidung des amtierenden Präsidenten Wladimir Putin, die Wahlliste der Partei anzuführen, eine deutliche Mehrheit von 64 Prozent der Stimmen gewann. Im neuen Parlament verfügt Einiges Russland nun allein mit 315 von insgesamt 450 Sitzen über eine mehr als komfortable (Zwei-Drittel-) Mehrheit. Zusammen mit den 40 Sitzen der LDPR (8 Prozent der Stimmen) und jenen 38 der Partei Gerechtes Russland (knapp über 7 Prozent der Stimmen) summiert sich dies auf eine der Regierung nahe stehende Mehrheit von insgesamt 397 Sitzen in der Duma. Eine mehr als ausreichende Mehrheit, um die zukünftigen Vorlagen der Regierung sicher durch das Parlament zu bringen oder selbst die Verfassung der Russischen Föderation zu ändern. Die einzig verbliebene oppositionelle Kraft, die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) die in den Wahlen weniger als 12% der Stimmen auf sich vereinen konnte, ist in der Duma hingegen mit nur 57 Sitzen vertreten.

Den zweiten, etwas heikleren, weil machtpolitisch wichtigeren, Akt dieses Schauspiels bildeten die Präsidentschaftswahlen vom 02.03.2008. Der siegreiche Kandidat, Dmitrij Medwedew, erhielt mit 70,24 Prozent bereits im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit. Seine „Konkurrenten“ folgten mit 17,75 Prozent (G. Sjuganow – KPRF), 9,36 Prozent (W. Schirinowskij – LDPR) und 1,3 Prozent (A. Bogdanow – DPR).

Für beide Wahlen ist festzustellen, dass sie nicht frei von Statten gingen, sondern weitgehend vom Zentrum, sprich: dem Kreml, gesteuert, kontrolliert, monopolisiert und in geringem Ausmaße wohl auch manipuliert worden sind. So hat der Kreml bereits im Vorfeld durch eine geeignete Wahl- und Parteiengesetzgebung auf das Feld der Bewerber Einfluss genommen, missliebige Konkurrenten im Registrierungsprozess ausgeschlossen, andererseits dem Kreml nahe stehende Parteien oder Präsidentschaftskandidaten zugelassen und die Chancen der Parteien der Macht und insbesondere der Partei Einiges Russland und ihres Kandidaten Dmitrij Medwedew durch eine einseitige Berichterstattung in den staatlichen Medien erheblich angehoben. Zudem ist auch wiederholt von Beeinflussungen der Wählerschaft von staatlicher Seite durch administrative Ressourcen berichtet worden und die überraschend hohen Wahlergebnisse in einigen Regionen Russlands für den favorisierten Kandidaten des Kreml, Dmitrij Medwedew, legen den Verdacht nahe, dass diese Ergebnisse auch auf die Einflussnahme staatlicher Behörden bei der Stimmenauszählung zurückzuführen sind.¹ Russische Wahlbeobachtungsorga-

1 So lag die Wahlbeteiligung in einigen Republiken der Russischen Föderation wie Tschetschenien, Inguschetien, Kabardino-Balkarien, Mordwinien, Karatschaewo-Tscherkessien, Dagestan, Baschkortostan und Tatarstan mit 80-90 % der Wahlberechtigten signifikant über dem Durchschnittswert von 64 %. Auch die Zustimmung für

nisationen wie die NGO „Golos“ sowie Beobachter aus dem Ausland wie die Vertreter des Europarats und der Parlamentarischen Versammlung der OSZE kritisierten die Wahlgänge daher.²

Auf den Punkt gebracht hat dies kürzlich eine der bekanntesten russischen Politikwissenschaftlerinnen, Liliya Schewzowa: „Liberale Demokratien lösen ihre Probleme des Machtwechsels gemeinhin nach einer Formel, die kurz gefasst so lauten könnte: „Klare Spielregeln, unsicherer Ausgang“. Die russischen politischen Eliten haben sich quasi auf das Gegenteil festgelegt: „Unklare Spielregeln, sicherer Ausgang.“³

Die meisten Beobachter im In- wie im Ausland zeigten sich aber im Wesentlichen erfreut über das Ergebnis. In Russland sind die Liberalen zufrieden, weil der neue Präsident einer von ihnen ist, während die Falken (Silowiki) ebenfalls einverstanden sind, weil sie überzeugt sind, dass sie über den neuen Ministerpräsidenten Putin genügend Einfluss auf den vermeintlich schwachen Präsidenten haben werden, um ihre Interessen durchzusetzen. Im westlichen Ausland, zumal in Europa und insbesondere in Deutschland, erwartet man sich von dem neuen Präsi-

denten Russlands, der sich sowohl in seinem Programm als auch bei den seltenen Auftritten während des Wahlkampfes für mehr Pressefreiheit, einen stärkeren Einfluss der Zivilgesellschaft, mehr Rechtsstaatlichkeit und den Kampf gegen Rechtlosigkeit und Korruption aussprach, eine Verbesserung des zuletzt angespannten Verhältnisses. Für Europa ist dies von strategischer Bedeutung, hängt von einer Verbesserung des Verhältnisses doch nicht zuletzt auch die Sicherheit der europäischen Energieversorgung ab.

Allerdings gibt es hier ein Problem: Nach den Wahlen ist zwar klar, wer der neue Präsident Russlands ist. Was jedoch noch im Unklaren liegt, ist das, was man das zukünftige „Organigramm der Macht“ in Russland nennen könnte, d.h. die zukünftige Machtverteilung zwischen Präsident und Ministerpräsident, denn der scheidende Präsident Putin, der im Volk nach wie vor große Unterstützung genießt und von den unterschiedlichen Elitengruppierungen als Garant der Stabilität gesehen wird, wird nach der Amtsübergabe nicht von der politischen Bühne verschwinden.⁴

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach der weiteren Entwicklung der russischen Innen- und Außenpolitik: Kann der neue Präsident sich als eigenständiger Machtpol etablieren und seine Ankündigungen aus dem Wahlkampf in praktische

Einiges Russland erreicht hier mit 81-99 % Marken, die andernorts nicht erreicht wurden. Allgemein wird angezweifelt, dass diese Ergebnisse auf regulärem Wege zustande gekommen sind. Vgl. Coalson, Robert, How the Kremlin Manages to Get the Right Results, in: Radio Free Europe/ Radio Liberty, 07.03.2008 (<http://www.rferl.org>). Vgl. auch Schröder, Hans-Henning, Genügend Legitimation für einen Schattenpräsidenten?, in: Russlandanalysen, Nr. 152, 07.12.2007, S. 2-4.

2 Vgl. dazu Frankfurter Allgemeine Zeitung (im Folgenden zitiert als FAZ), 04.03.2008, S. 2: Kritik am Verlauf der russischen Präsidentschaftswahl. Vgl. auch FAZ, 08.02.2008, S. 5: OSZE beobachtet russische Präsidentschaftswahl nicht.

3 Vgl. Schewzowa, Liliya, Der Schein trügt, in: Internationale Politik, 63. Jahrgang, Nr. 2, Februar 2008, S. 8-18, hier S. 8.

4 Zum einen wird Wladimir Putin das Amt des Ministerpräsidenten innehaben. Zum anderen wird er aber auch die Führung der Partei „Einiges Russland“ in der Staatsduma übernehmen. Damit dürfte er, trotz seiner qua Verfassung nachgeordneten formalen Machtfülle, de facto auf absehbare Zeit einen bedeutenden Einfluss auf den politischen Prozess und die Entscheidungen in Russland ausüben. Dies umso mehr als er unter den gegenwärtigen Bedingungen der von den konkurrierenden Elitengruppierungen anerkannte Schlichter bzw. Schiedsrichter bleiben wird und über die besten Beziehungen zu den Geheimdiensten verfügt. Vgl. FAZ, 29.03.2008, S. 7: Putin wird vom Moskauer Staatschef zum Parteichef.

Politik umsetzen oder wird er lediglich ein Verwalter von Putins Gnaden oder nur ein vorübergehender Platzhalter? Welche Funktion und Stellung wird dem scheidenden Präsidenten Putin in dem neuen Machtgefüge zukommen? Wohin geht das „System Putin“, das auf einem schwierigen Balanceakt zwischen konkurrierenden Elitengruppierungen beruht/e? Welche Änderungen sind in der Außenpolitik Russlands zu erwarten? Wird Russland seinen Anspruch auf eine Großmachtrolle weiter verfolgen und wenn ja mit welchen Mitteln?

Einen guten Monat vor der offiziellen Amtsübergabe an den neu gewählten russischen Präsidenten gibt es viele Mutmaßungen und Stimmen, welchen Kurs Russland unter Dmitrij Medwedew eingeschlagen wird.⁵ Allen Einschätzungen ist gemeinsam, dass sie notgedrungen noch sehr im Vagen liegen. Bevor Dmitrij Medwedew sein Amt noch nicht angetreten hat und sein Agieren als Präsident die ersten Hinweise über seine Absichten und Möglichkeiten geben wird, wird sich daran auch nichts ändern. Aufschluss über die aufgeworfenen Fragen können in dieser Situation behelfsweise Betrachtungen liefern, die sich erstens an der Person Dmitrij Medwedews und zweitens an bestimmten, durch das derzeitige politische System Russlands vorgegebenen, v.a. informellen, Rahmenbedingungen ausrichten.

2. Der neue Präsident Russlands – Ein „liberaler“ Herrscher?

Was die Betrachtungen zur Person Dmitrij Medwedews angeht, so scheinen vor al-

5 Einer der wenigen verbliebenen Oppositionspolitiker, Wladimir Ryschkow, hat gar gemutmaßt, dass die wohlklingenden Worte von Dmitrij Medwedew aus dem Wahlkampf nur für die Ohren des Westens formuliert worden seien und ein liberaleres Regime in Russland auch unter Medwedew nicht zu erwarten sei. Vgl. dazu Krumm, Reinhard, „Bremsen lösen“, Kurzbericht der Friedrich-Ebert-Stiftung, 03/ 2008, S. 3.

lem ein Blick auf seinen bisherigen Werdegang, sein Programm sowie seine Äußerungen aus dem Wahlkampf und schließlich sein Verhalten nach den Wahlen vom 02. März 2008 geeignet zu sein, Aufschluss darüber geben zu können, ob er ein liberalerer Präsident sein könnte als Wladimir Putin.

2.1. Die Person Dmitrij Medwedew

Einzelne, hervorgehobene Personen – und der Präsident Russlands ist qua Verfassung der Russischen Föderation eine solche Person – können einen entscheidenden Einfluss auf die Geschicke eines Landes nehmen. Dafür lassen sich Beispiele en masse anführen: Adenauer, Churchill, de Gaulle, Roosevelt auf westlicher Seite; Gorbatschow, Jelzin, Putin auf russischer Seite. Wenn Politikwissenschaft sich auch nicht mehr vorrangig mit dem Einfluss „großer Männer“ beschäftigt, so ist doch unumstritten, dass persönliche Faktoren in der Politik durchaus einen wichtigen Stellenwert besitzen.⁶

Der neue Präsident Russlands ist, wie sein Mentor, Förderer und Vorgänger im Amt Wladimir Putin, zunächst einmal Petersburger.⁷ Er wurde am 14. September 1965 in St. Petersburg/ damals: Leningrad, der nördlichen, zweiten Hauptstadt Russlands an der Newa, geboren. Im Unterschied zu Wladimir Putin ist Dmitrij Ana-

6 Vgl. dazu Schwarz, Hans-Peter, Anmerkungen zu Adenauer, 2. Aufl., München 2005.

7 Vgl. Biografija (<http://www.medvedev2008.ru/bio.htm>). Vgl. auch Russia Profile, Who's Who, Medvedev, Dmitry Anatolyevich (<http://www.russiaprofile.org>), Download 15.01.2008. Vgl. auch Ludwig, Michael, Der nette Junge aus dem Petersburger Plattenbau, in: FAZ, 04.03.2008; Manutscharjan, Aschot, Aktion Nachfolger gelungen, in: Das Parlament, Nr. 11, 10.03.2008, S. 10 sowie RIA Nowosti, 07.02.2008: „Nesawissimaja Gaseta“: Putin und Medwedew: Unterschiedliche Typen – zwei Regierungsstile? (<http://de.rian.ru/analysis/20080207/98644196-print.html>).

tolijewitsch allerdings der Sprössling einer Familie, die der gehobenen Schicht der sowjetischen Intelligenzija zuzurechnen war. Sein Vater arbeitete als Professor für Maschinenbau, während die Mutter als Philologin und Lektorin an der Pädagogischen Universität St. Petersburgs tätig war. Der junge Dmitrij Medwedew, der übrigens ein Einzelkind ist, wuchs demnach in wohlbehüteten und gutsituierten Verhältnissen auf.

Was seine berufliche Ausbildung angeht, so ist der neue Präsident Russlands – und dies ist eine weitere Gemeinsamkeit mit Wladimir Putin – Jurist. Er schloss sein Studium der Rechtswissenschaften an der Juristischen Fakultät der Leningrader Staatlichen Universität 1987 ab. An das Jurastudium schloss sich eine Promotion in der gleichen Disziplin an, die Dmitrij Medwedew mit einer Spezialisierung im Öffentlichen Recht 1990 abschloss.

Seine ersten beruflichen Schritte machte Medwedew als Jurist in der St. Petersburger Stadtverwaltung. Hier beriet er 5 Jahre lang, von 1991 bis 1996, Wladimir Putin, der zu dieser Zeit unter dem Bürgermeister Anatolij Sobtschak als Leiter des Komitees für die Außenbeziehungen unter anderem auch für die außenwirtschaftlichen Beziehungen der Stadt Petersburg zuständig war.⁸ Nebenbei arbeitete Dmitrij Medwedew (insgesamt von 1990 bis 1999) als Dozent (bzw. Assistenzprofessor) an der Juristischen Fakultät der Petersburger Universität und versuchte sich auch als Unternehmer.

8 Vgl. Coalson, Robert, Putin's Choice. A Profile of Dmitriy Medvedev, in: Radio Free Europe/ Radio Liberty, 23.03.2008 (<http://www.rferl.org>) sowie Biografija (<http://www.medvedev2008.ru/bio.htm>); Russia Profile, Who's Who, Medvedev, Dmitry Anatolyevich (<http://www.russia-profile.org>), Download 15.01.2008; Ludwig, Michael, Der nette Junge aus dem Petersburger Plattenbau, in: FAZ, 04.03.2008, S. 2 sowie auch Manutscharjan, Aschot, Aktion Nachfolger gelungen, in: Das Parlament, Nr. 11, 10.03.2008, S. 10.

Wie viele andere ehemalige Kollegen und Mitstreiter wurde Medwedew dann, nachdem Putin 1999 russischer Ministerpräsident geworden war, nach Moskau geholt. Zur Petersburger Seilschaft zählten neben Medwedew nicht nur liberale Wirtschaftspolitiker und Juristen, sondern auch Geheimdienstler. Als Vertrauter des Präsidenten leitete er dessen Wahlkampfstab bei Putins erster Präsidentschaftswahl im Jahr 2000. Als Dank für die dabei erworbenen Verdienste wurde Dmitrij Medwedew von Wladimir Putin im Juni 2000 zunächst zum Ersten Stellvertretenden Leiter und im Oktober 2003 dann zum Leiter der mächtigen Administration des Präsidenten im Kreml ernannt. In dieser Funktion war Medwedew auch an wichtigen politischen Weichenstellungen in Russland beteiligt. So konzipierte er als Jurist unter anderem die Entmachtung des Föderationsrates, der zweiten Kammer und „Ländervertretung“ bzw. des „Oberhauses“ der russischen Föderalversammlung mit dem Ziel, die Vertikale der Macht des Präsidenten zu stärken.

Ein weiterer bedeutender, wenn nicht sogar der wichtigste, Schritt in der beruflichen Karriere Medwedews, der sich im Jahr 2000 ergab, war seine Ernennung zum Aufsichtsratsvorsitzenden von Gasprom, dem weltweit größten Erdgaskonzern und einem der wichtigsten Unternehmen in Russland. Von 2000 bis 2001 war Medwedew als Aufsichtsratsvorsitzender von Gasprom, dann von 2001 bis Juli 2002 als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender und seit Juli 2002 wieder als Aufsichtsratsvorsitzender tätig.

Im November 2005 wurde Medwedew, abermals von Putin, zum Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten befördert. 2006 übertrug Putin ihm dann die Verantwortung für die strategisch wichtigen vier sogenannten „Nationalen Projekte“, groß angelegte, staatlich geförderte Entwicklungsprogramme in den zivilen Bereichen Landwirtschaft bzw. ländlicher Raum,

Wohnungsbau, Gesundheits- und Bildungswesen. Besondere Erfolge konnte er in dieser Tätigkeit nach allgemeinem Dafürhalten nicht verzeichnen. Allerdings war diese Aufgabe eine willkommene, und wohl auch durchaus so beabsichtigte Gelegenheit, um sich den Wählern bekannt zu machen, Wohltaten zu verteilen und – wie es in der Presse bisweilen hieß – zum „Strahlemann“ zu werden.⁹

Vor diesem biographischem Hintergrund erscheint der neue Mann an der Spitze des russischen Staats zunächst einmal überdeutlich und unzweifelhaft als Schützling, Weggefährte und politischer Freund des noch amtierenden Präsidenten Wladimir Putin. Wie Putin ist Medwedew Jurist und stammt aus St. Petersburg. Was seine Zugehörigkeit bzw. Unterstützung für eine der machtpolitischen Eliten-Gruppierungen¹⁰ angeht, so kann er den „Petersburger Juristen“ zugerechnet werden. Er zählt also eher zu den liberalen und marktorientierten Reformern und ist kein, den Interessen der eher konservativen Machtapparate (Innen-, Verteidigungsministerium, Geheimdienste) nahe stehender, Silowik.

Blickt man auf seinen familiären Hintergrund und seine Sozialisation im akademischen Umfeld, scheint es nahe liegend, auch von einem anderen, weniger „handfesten und rustikalen“ Stil gegenüber der heimischen und internationalen Öffentlichkeit auszugehen. Es ist schwer vorstellbar, dass Medwedew wie Putin öffentlich davon sprechen wird, separatistischen Kräfte oder innenpolitischen Gegnern Russlands an nur für bestimmte Zwecke aufzusuchenden Orten die Kehle umzudrehen oder ausländischen Journalisten in einem Akt verbaler Entgleisung empfiehlt, sich

9 Vgl. Ludwig, Michael, Der nette Junge aus dem Plattenbau, in: FAZ, 04.03.2008, S. 2.

10 Zur Unterscheidung der unterschiedlichen Eliten-Gruppierungen bzw. Machtclans, die den politischen Prozess Russlands hinter den formalen Kulissen prägen und bestimmen, siehe Abschnitt 3.2.

muslimischen Beschneidungsriten zu unterziehen.

Unter Umständen kann der familiäre, elitäre Hintergrund aber auch eine Schwäche darstellen. Denn es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Dmitrij Medwedew gerade weil er vor seinem Hintergrund in Russland nicht automatisch als durchsetzungsstarke oder volksnahe Führungsfigur gesehen wird, besondere Stärke und Härte demonstrieren muss.

2.2. Der Kandidat Dmitrij Medwedew

Neben dem biographischen Hintergrund können das Wahlprogramm Dmitrij Medwedews, sein Auftreten und einige seiner Äußerungen während des Wahlkampfes Aufschluss darüber geben, wohin er das Land unter Umständen steuern will. Die Kern- und Hauptpunkte dieses Programms¹¹ lesen sich dabei fast wie das Bekenntnis eines überzeugten Liberalen und Verfechters von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. So lautete eine der Hauptthesen Medwedews: Die Politik des Staates muss auf dem Prinzip „Freiheit ist besser als Unfreiheit“ basieren. Dabei geht es um die Freiheit in all ihren Erscheinungsformen: persönliche Freiheit, wirtschaftliche Freiheit und die Freiheit der

11 Ein Wahlprogramm Dmitrij Medwedews gibt es im Sinne eines einzigen, vorab oder während des Wahlkampfes der Öffentlichkeit vorgestellten, Dokuments nicht, was auch auf die Besonderheiten der Auswahl Medwedews als Kandidat zurückzuführen ist. Demnach hatte die Tatsache, dass er von Wladimir Putin als Nachfolger ausgewählt und empfohlen wurde, für die Wahlentscheidung eine weitaus größere Bedeutung als jedes mögliche Programm Medwedews sie hätte haben können. Aufschluss über die politischen Überzeugungen und Vorhaben des Präsidentschaftskandidaten liefern jedoch Reden, die er vor oder während des Wahlkampfes hielt und die auf der Website Medwedews im Internet als „programmatische Auftritte“ bezeichnet und aufgeführt sind. Auf diese wird im Folgenden Bezug genommen. Vgl. Programmnye vystuplenija (<http://www.medvedev2008.ru/program.htm>).

Selbstverwirklichung. Eine weitere These lautete: „Die konsequente Verbesserung der Gesetzgebung ist eine wichtige Aufgabe. Die Hauptaufgabe unserer Arbeit in den kommenden vier Jahren wird die Gewährleistung einer wirklichen Unabhängigkeit des Justizsystems von der Exekutiv- und der gesetzgebenden Gewalt sein.“

Auch die übrigen Punkte und Thesen, die aus den Auftritten Medwedews im Januar und März 2008 bekannt sind, setzen interessante Akzente, die am ehesten zu einem überzeugten Reformen passen, der auch eine Entwicklung in Richtung Demokratie verfolgt:

- der Schutz der realen [d.h. einer echten] Unabhängigkeit, die das Feedback zwischen der gesamten Gesellschaft und den Machtorganen sichern;
- die Achtung des Privateigentums muss eine der Grundlagen der Staatspolitik werden;
- das Wirtschaftsprogramm in den kommenden vier Jahren wird auf vier „I's“ beruhen: Institute¹², Infrastruktur, Innovationen und Investitionen.

Bei der Umsetzung und Realisierung dieser vier zentralen Vorhaben bzw. Prinzipien im Bereich der Wirtschaftspolitik wird die Lösung der folgenden Aufgaben als vorrangig angesehen:

- Beseitigung des Rechtsnihilismus, die durch die Verbesserung der Qualität der Gesetze und die Gewährleistung einer effizienten Rechtsanwendung erreicht werden soll;
- durchgreifender Abbau bürokratischer Hürden;
- Senkung der Steuerlast zur Stimulierung von Innovationen und Privatinvestitionen in das Humankapital Russlands;

12 Hiermit dürften aller Wahrscheinlichkeit nach formale Institutionen, d.h. Rechtsregeln, gemeint sein, denn der Begriff „Institution“ (formale Institution, Rechtsregel) wird auf Russisch mit „institut“ wiedergegeben.

- Schaffung eines starken und selbständigen Finanzsystems, das in Perspektive eine der Stützen der globalen Finanzstabilität werden muss. Die Umwandlung des Rubels in eine regionale Reservewährung;
- Modernisierung der Transport- und der Energieinfrastruktur und Aufbau eines neuen Telekommunikationsnetzes;
- Schaffung von Grundlagen eines staatlichen Innovationssystems;
- Umsetzung eines Sozialentwicklungsprogramms.

Diese Kernpunkte bekräftigte Medwedew auch in seiner Rede vor dem Unternehmerforum im sibirischen Krasnojarsk.¹³ Auch hier wurde den Aspekten Freiheit und der Anerkennung rechtlicher Prinzipien besondere Aufmerksamkeit gewidmet. „Unsere Politik“, so Medwedew, „muss auf einem Prinzip basieren, das aus meiner Sicht das Wichtigste im Funktionieren eines jeden modernen Staates ist, der hohe Lebensstandards anstrebt: Das Prinzip „Freiheit ist besser als Unfreiheit“. Natürlich, so Medwedew weiter, setze die Freiheit eine bedingungslose Einhaltung der Gesetze voraus. „Die Durchsetzung einer Harmonie zwischen Freiheit und Recht ist heute meines Erachtens das Wichtigste in der jetzigen Epoche“. Und weiter: „Die Freiheit ist untrennbar von der faktischen Anerkennung der Macht des Rechts durch die Bürger.“

Bei einem früheren Auftritt auf dem zweiten Gesamtrussischen Bürgerforum am 22.01.08 hatte Medwedew einen Punkt

13 Vgl. Wystuplenie na V. Krasnojarskom ekonomitscheskom forumе „Rossija 2008 – 2020. Uprawlenie rostom“, 15.02.2008, Krasnojarsk (http://www.medvedev2008.ru/program_02_15.htm). Vgl. auch RIA Nowosti, 15.02.2008, Plan für Russland: Medwedew will weniger Staat und starken Rubel (<http://de.rian.ru/analysis/20080215/99305828-print.html>). Vgl. auch Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (im Folgenden zitiert als FAS), 24.02.2008, S. 13: Recht und Freiheit. Der unvermeidliche Medwedew gibt sich als Liberaler.

angesprochen, der als Motto seiner Internetseite vorangestellt worden ist und augenscheinlich von überragender axiomatischer Bedeutung ist. Er stellt die Leitlinie des „Programms“ Medwedews dar:

Das Wichtigste für unser Land ist die Fortsetzung einer ruhigen und stabilen Entwicklung. Ein Jahrzehnt einer stabilen Entwicklung ist notwendig. Das, was unserem Land im 20. Jahrhundert genommen wurde: Ein Jahrzehnt normalen Lebens und einer zielgerichteten Arbeit.¹⁴

Die Außenpolitik stand in seinen Auftritten im Wahlkampf nicht an erster Stelle. Bei seinem Auftritt vor dem Bürgerforum Ende Januar kam sie nur am Rande vor. Russland, so Medwedew, werde auf keinen Fall Beziehungen zu „Problemstaaten“ der Weltgemeinschaft abbrechen. Der Abbruch von Beziehungen und Flächenbombardements seien der falsche Weg, sagte Medwedew. Russland sei seiner Verantwortung gemäß, offen für den Dialog und verfolge, ausgehend von seinen eigenen Interessen, eine demokratische Weltordnung.¹⁵

In einem Interview mit dem russischen Politikmagazin „Itogi“ vom 18.02.2008¹⁶ machte Medwedew allerdings deutlich, dass er der außenpolitischen Linie, die Präsident Putin bis dato verfolgt hat, weit-

gehend zustimmt. Medwedew zeigte sich in diesem Gespräch als prinzipiell offener, aber konsequenter Verteidiger russischer Interessen, der sich gegen den Vorwurf einer zu offensiven Außenpolitik oder den Einsatz von Energieressourcen als Waffe zur Wehr setzte und auch auf dem Großmachtanspruch Russlands bestand.

Geht man nach diesen programmatischen Orientierungspunkten und Äußerungen, dann fällt als Erstes auf, dass Medwedew, anders als etwa noch im Dezember 2007 vorgesehen,¹⁷ durchaus so etwas wie eigene Akzente gesetzt hat, indem er nicht den sogenannten „Plan Putins“ der Partei Einiges Russland als sein Wahlprogramm propagiert hat, sondern sein eigenes Programm vorgestellt und vertreten hat. Dieses Programm kann durchaus als liberal und vor allem auf die Innenpolitik ausgerichtet eingestuft werden.

Bei aller liberalen Rhetorik ergeben sich jedoch einige Fragen: So steht die liberale Programmatik zunächst unter dem Vorbehalt, dass Medwedew sich offenbar in erster Linie als Fortsetzer des Kurses Wladimir Putins versteht. Demzufolge wären keine großen Veränderungen, in erster Linie in der Innenpolitik, zu erwarten. Das Hauptaugenmerk der neuen Regierung dürften eine Fortsetzung der bisherigen Politik und die Sicherung von Ruhe und Stabilität sein. Allein, es bleibt der Zweifel, welcher Wert diesen Worten beizumessen ist. Auch Putin ist mit ähnlichen Bekenntnissen zur „Diktatur des Gesetzes“ angefangen und hat noch spät in seiner zweiten Amtszeit wie so viele andere russische Führungsfiguren vor ihm gegen die allgegenwärtige Korruption gewettert. Auch hat Putin sich wiederholt zur Bedeutung von freien Massenmedien und einer unabhängigen Zivilgesellschaft bekannt. Die Ver-

14 Vgl. Wystuplenie na II. Obstscherossijskom grashdanskome forume, 22. Januarja 2008 goda, Moskwa Manesh, Dmitrij Medwedew, Programmnye wystuplenija, (<http://www.medvedev2008.ru/programm.htm>). Vgl. auch FAZ, 23.01.2008, S. 4: Medwedjew beklagt „Rechtsnihilismus“. Kreml-Kandidat: Der russische Staat muss von Bürgern kontrolliert werden. Vgl. auch Russland Aktuell, 22.01.2008, Medwedews Wahlprogramm: Stabilität und Gerechtigkeit (<http://www.aktuell.ru>), Download vom 27.01.2008.

15 Vgl. FAZ, 23.01.2008, S. 4: Medwedjew beklagt „Rechtsnihilismus“. Kreml-Kandidat: Der russische Staat muss von Bürgern kontrolliert werden.

16 Vgl. RIA Nowosti, 18.02.2008: Medwedew: Russlands Machtzentrum bleibt der Kreml (<http://de.rian.ru/analysis/20080218/99522555-print.html>).

17 Vgl. RIA Nowosti, 17.12.2007: Plan Putins auch bei Präsidentschaftswahl Wahlprogramm von Geeintes Russland (<http://de.rian.ru/russia/20071217/92850967.html>).

fassungswirklichkeit sah jedoch anders aus. Sind daher auch die Zielvorgaben Medwedews nur Lippenbekenntnisse? Schließlich bleibt auch die Frage, was Dmitrij Medwedew, als er höchste Staatsämter innehatte, unternommen hat, „als die Freiheit der Medien verlorenging, als die Zivilgesellschaft abgebaut wurde, das Privateigentum unter den Vorbehalt des Provisorischen gestellt und die Gerichte der Lächerlichkeit preisgegeben wurden.“¹⁸

2.3. Der neu gewählte Präsident Medwedew vor der Inauguration

Das Verhalten Dmitrij Medwedews vor seiner Amtseinführung am 07. Mai 2008 lässt bislang keine größeren Rückschlüsse auf seinen späteren Kurs als Präsident Russlands zu, zumindest keine Schlüsse, die über das bisher Erkennbare und im Wahlkampf Geäußerte hinausgehen.

Nach der Wahlentscheidung war der Aufsichtsratsvorsitzende von Gasprom und erste Stellvertretende Ministerpräsident Russlands vornehmlich mit seinen Verpflichtungen bei Gasprom und der Vorbereitung auf die Amtsübernahme beschäftigt. Anfang März, am 03.03.08, kündigte er an, er werde die Zeit bis zu seiner Amtseinführung dazu nutzen, sich gemeinsam mit dem noch amtierenden Präsidenten Putin über die Personalstruktur der neuen Regierung und des Präsidentenapparates zu verständigen.

Abgesehen davon wurde bei verschiedenen Gelegenheiten deutlich, dass er tatsächlich gewillt ist, seine Ankündigungen aus dem Wahlkampf in praktische Politik umzusetzen. So kündigte er etwa im Rahmen einer Sitzung des Staatsrats in der sibirischen Stadt Tobolsk eine erste Gesetzesinitiative zur Bekämpfung der Korruption an, die zukünftige Inspektionen von staatlichen Behörden (Feuerwehr, Po-

18 Vgl. FAS, 24.02.2008, S. 13: Recht und Freiheit. Der unvermeidliche Medwedjew gibt sich als Liberaler.

izei, Gesundheitsamt u.a.) in kleinen und mittleren Unternehmen nur unter Vorlage eines entsprechenden Gerichtsbeschlusses oder einer Ermächtigung durch die Staatsanwaltschaften zulassen würde. Im Streit um die Eigentumsrechte im Falle des Moskauer Flughafens Domodedowo sprach er sich erneut für eine Respektierung des Eigentumsrechts und gegen eine Rückverstaatlichung des Unternehmens aus.¹⁹

In Sachen Außenpolitik hielt er an der Position Putins fest, kritisierte die eventuelle Erweiterung der NATO um die Ukraine und Georgien und sagte, dass Russland über die Diskussion um die Aufnahme dieser beiden Staaten in das Bündnis nicht „glücklich sei“.²⁰ Dieser Schritt führe aus russischer Sicht zu extremen Schwierigkeiten für die existierende Struktur der europäischen Sicherheit. Russland sei als Staat, der dem Nordatlantischen Bündnis nicht angehöre automatisch besorgt, wenn sich dieses Militärbündnis seinen Grenzen nähere. Zur gleichen Zeit hielt er aber in einer anderen Frage, der Raketenabwehr in Osteuropa, an weiteren Verhandlungen mit den USA fest.

3. Der neue Präsident und das Russland Wladimir Putins

Medwedew scheint somit insgesamt einerseits der Fortsetzer der unter seinem Amtsvorgänger Putin begonnenen Linie der innen- und außenpolitischen Erneuerung und Stabilisierung Russlands zu sein. Andererseits hat er im Wahlkampf aber auch eigene Akzente gesetzt und sich da-

19 Vgl. The Moscow Times, 28.03.2008: Medvedev Lays Out Anti-Graft Steps (<http://www.the-moscowtimes.com/stories/2008/03/28/042.html>). Vgl. auch FAZ, 10.04.2008, S. 7: Medwedjew gegen Verstaatlichungen.

20 Vgl. BBC News, 25.03.2008, Medvedev spells out power sphere (<http://newsvote.bbc.co.uk>). Vgl. auch FAZ, 31.03.2008, S. 12: Mahnungen und Lockrufe.

bei als eher liberaler Kandidat präsentiert. Es spricht also auf den ersten Blick Einiges dafür, dass er gewillt sein könnte, Reformen einzuleiten und zu verfolgen, denen neben einer Impulswirkung für die Wirtschaft auch eine Wirkung im Hinblick auf die Fortsetzung der Demokratisierung Russlands zukommen könnte.²¹

Der Westen und insbesondere die Europäische Union und Deutschland haben daher positiv und erfreut reagiert, weil sie sich eine positive Weiterentwicklung der zuletzt angespannten Beziehungen zu Russland erhoffen. Bei einem Treffen der Außenminister der EU zeigte sich, dass sich vor allem die großen EU-Mitgliedstaaten im Westen den Wechsel im Kreml als eine Chance werten. Deutschland zählt zu der Gruppe, die den Wechsel zu Medwedew als günstige Gelegenheit sehen. Dies fand beispielsweise in einer Einschätzung durch Außenminister Steinmeier seinen Ausdruck: Die Reden Medwedews über die Marktwirtschaft und die

bürgerlichen Freiheiten, so Steinmeier, „waren spektakulär in unseren Ohren“.²² Auch der britische und der französische Außenminister teilten eine ähnlich positive Erwartungshaltung. In einem gemeinsamen Brief zur Russland-Politik der EU schrieben sie: „Wir sollten hervorheben, dass wir das Vorhaben des gewählten Präsidenten Medwedew, den Rechtsstaat in Russland zu fördern, begrüßen und unterstützen.“ In der Sitzung der EU-Außenminister schlossen sich Berichten zufolge viele Mitgliedstaaten dieser Einschätzung aus Deutschland, Großbritannien und Frankreich an. Die Außenminister erhoffen sich von dem neuen Präsidenten Russlands offensichtlich eine Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen (PKA, Energiecharta).

Wie bei jedem Regierungswechsel – übrigens auch in westlichen Demokratien – hängt die weitere Entwicklung und die Ausgestaltung der Regierungspolitik aber nicht ausschließlich von dem jeweils siegreichen Kandidaten und seinen Zielsetzungen vor der Wahl ab. Sie ist vielmehr auch von bestimmten formalen und informellen bzw. politischen Rahmenbedingungen abhängig. So ist ein deutscher Bundeskanzler bzw. eine Bundeskanzlerin bei der Verwirklichung seiner/ihrer politischen Vorhaben zwingend auf Koalitionspartner und die fortdauernde Zustimmung in der eigenen Partei angewiesen und muss im Gesetzgebungsprozess immer wieder Zugeständnisse an den Koalitionspartner, Gruppierungen in der eigenen Partei, aber auch an institutionelle Gegengewichte bzw. Akteure, wie etwa den Bundesrat, machen.

Eine zweite Rahmenbedingung besteht in der Wirkung und Reichweite vorangegangener Entscheidungen in der Innen- und Außenpolitik, d.h. den durch die Politik der letzten Jahre gewachsenen innen- wie

21 Interessant ist in diesem Zusammenhang besonders seine implizite, aber umso deutlichere Weigerung, den von Wladislaw Surkow eingeführten Begriff der „souveränen Demokratie“ für Russland und sein Verhältnis zu westlichen Werten und dem Ordnungsprinzip der Demokratie gelten zu lassen. In seiner Rede vor dem Bürgerforum am 22.01.08 in Moskau führte Medwedew dazu aus: „Es ist bekannt, dass in der modernen Welt die sogenannte repräsentative Demokratie am weitesten entwickelt ist. [...] Ich musste bereits wiederholt auf Fragen zur nationalen Idee antworten. Die Diskussion zu diesem Thema halte ich für wenig effektiv. [...] Hier brauchen wir nichts zu erfinden. Die grundlegenden Werte wurden von der Menschheit bereits vor langem formuliert. Allerdings stellt ihre Anwendung auf die russischen Besonderheiten mitunter ein Problem dar. Und die Hauptfrage besteht darin, wie man beides miteinander vereinen kann, es so zu machen, dass unsere nationalen Traditionen mit dem Grundbestand demokratischer Werte in Übereinstimmung kommen.“ Vgl. Wustuplenie na II. Obschtscherossijskom grashdanskom forumе (<http://www.medvedev2008.ru/program.htm>).

22 Vgl. dazu Busse, Nikolas, Mit Neugier und gewachsenem Selbstbewusstsein, in: FAZ, 31.03.2008, S. 6.

außenpolitischen Grundkonstanten, von denen sich ein neu gewählter Präsident oder Ministerpräsident bzw. Regierungschef nicht ohne weiteres über Nacht lösen kann.²³

3.1. Der neue Präsident und der neue Ministerpräsident – Tandem oder neues Machtgleichgewicht an der Spitze?

Ähnliches gilt auch für den neuen Präsidenten Russlands. Auch er wird sein politisches Programm, wenn er tatsächlich eines in mehr oder weniger konkreter Form haben sollte, nicht eins zu eins in Regierungspolitik übertragen können, sondern gewisse Abstriche machen müssen.²⁴ In Russland mit seinem präsidentialen – einige Beobachter sprechen aufgrund der Machtfülle und der besonders hervorgehobenen Stellung des Präsidenten sogar von einem „super-präsidentiellen“ – Regierungssystem wird dies nicht eine Frage des Verhältnisses zwischen den Partnern einer Koalitionsregierung, sondern eine Frage des zukünftigen Verhältnisses zwischen dem Präsidenten und dem Ministerpräsidenten sein. Dies allerdings weniger aufgrund der formalen Aufteilung der Kompetenzen²⁵ zwischen den Organen der

Staatsgewalt, sondern aufgrund der informellen Machtposition des zukünftigen Premiers Wladimir Putin und seines Ansehens in der Bevölkerung. Darüber, wie sich dieses Verhältnis entwickeln könnte, gibt es im Wesentlichen drei unterschiedliche Annahmen bzw. Szenarien:

- Das erste Szenario „Vorübergehendes Tandem und Medwedew als starker Präsident“ geht von einer klar bestimmenden Position des neuen Präsidenten aus. Voraussetzung hierfür ist, dass es Medwedew gelingt, eigene Vertrauensleute an die Schaltstellen der Macht zu bringen und auch die Leitung der Geheimdienste mit Personen seines Vertrauens zu besetzen. In diesem Fall würde er sich, so wie es Wladimir Putin nach seiner überraschenden Ernennung zum Präsidenten getan hat, von seinem Paten Putin lösen, was allerdings einige Zeit in Anspruch nehmen würde. Eine Äußerung Medwedews aus einem Interview, die politische Macht in Russland liege bei dem

weniger Machtfülle ausgestattet. Der Präsident kann nach den Regeln der Verfassung alle Regierungsentscheidungen aufheben und den Kabinettsitzungen vorstehen. Darüber hinaus ist der Ministerpräsident einzig vom Vertrauen des Präsidenten und nicht von der Parlamentsmehrheit abhängig. Der Präsident hat zudem das Recht, den Ministerpräsidenten und die gesamte Regierung jederzeit von der Verantwortung zu entbinden und zu entlassen. Zudem hat sich der Präsident im Januar 1994 auch alle relevanten Ministerien unterstellt: Außen-, Verteidigungs-, Innen-, Justizministerium, die Direktoren des Inlands- und des Auslandsgeheimdienstes (FSB, SVR), aber auch des militärischen Aufklärungsdienstes (GRU). Das Amt des Ministerpräsidenten wird daher in den meisten Analysen als eine koordinierende und ausführende Funktion, nicht aber eine von machtpolitischer und gestaltender Bedeutung gesehen. Vgl. stellvertretend Mommsen, Margareta, Das politische System Russlands, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.), Die politischen Systeme Osteuropas, 2. Aufl., Opladen 2004, S. 373-427.

23 Für die Bundesrepublik ist bspw. ein Abschied von einer so wichtigen politischen Weichenstellung wie der von Konrad Adenauer gewählten Westorientierung kaum vorstellbar; eine Abkehr von dem sogar in der Verfassung verankerten Prinzip der sozialen Marktwirtschaft ist hingegen gar nicht vorstellbar.

24 Darüber scheint man sich auch unter den europäischen Außenministern im Klaren zu sein. Sowohl bei Außenminister Steinmeier, als auch in dem Brief des britischen und des französischen Außenministers folgte daher auf die positiv-hoffnungsvollen Einschätzungen der Hinweis, dass Russland nicht an Worten, sondern an Taten zu messen sei. Vgl. dazu Busse, Nikolas, Mit Neugier und gewachsenem Selbstbewusstsein, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.03.2008, S. 6.

25 Formal ist das Amt des Ministerpräsidenten gegenüber dem Präsidenten eindeutig mit

Präsidenten,²⁶ könnte als erstes Anzeichen für ein solches Vorhaben zu werten sein. Der Logik „personalisierter Macht“²⁷ folgend, würde es dann für Dmitrij Medwedew nahe liegen, das vorige Regime unter Putin abzulehnen und zum Sündenbock für alle Fehlentwicklungen unter seiner Präsidentschaft zu machen. Eine zweite Möglichkeit in diesem Szenario könnte aber auch in einem kurzfristigen Führungsstandem mit Dmitrij Medwedew als Präsident und Wladimir Putin als loyalem Ministerpräsident in der Rollenverteilung, wie sie die Verfassung der Russischen Föderation von 1993 vorsieht, bestehen. Wladimir Putin würde dabei durch seine Kontrolle über die Geheimdienste dafür sorgen, dass dieses Manko sich nicht als Nachteil für den neuen Präsidenten auswirken würde. Zugleich würde dies für die anderen Elitengruppierungen bedeuten, dass der neue Präsident nicht ausschließlich die Interessen und Anliegen der „Petersburger“ bzw. der liberalen Reformen verfolgt und dass sie in Folge der Nachfolgeentscheidung Putins für Medwedew nicht gänzlich marginalisiert werden. So bald Medwedew seine eigene Machtposition an der Spitze durch die Vergabe von Pfründen weit genug stabilisiert hätte, könnte Putin sich aus dem mit

weniger politischer Verfügungsgewalt ausgestatteten und daher unbeliebten Amt zurückziehen.

- Bei dem zweiten Szenario „Langfristiges Tandem“ würden beide gemeinsam ein Tandem bilden, wobei als Varianten ein funktionierendes Teamwork oder ein neuer Machtdualismus an der Spitze vorstellbar sind. Bei der Teamwork-Variante würden beide Akteure an einem Strang ziehen, d.h. als Präsident und als Vorsitzender der Regierung ein gemeinsames inhaltliches Programm verfolgen und umsetzen. Die Voraussetzungen dafür (Mehrheit in der Duma, gemeinsame strategische Ziele und politische Anliegen beider Personen) scheinen prinzipiell durchaus gegeben zu sein.²⁸ Eine Abstimmung zwischen den beiden Personen könnte jedoch nicht immer möglich sein und die beiden Akteure könnten daher im Einzelfall unterschiedliche Ziele verfolgen. So könnte es auch zu Unklarheiten hinsichtlich der obersten Autorität und Entscheidungsgewalt und in Folge zu einem neuen Machtdualismus und einer Lähmung der Macht kommen.
- Als dritte Möglichkeit kommt schließlich das Szenario „Tandem und Medwedew als schwacher oder gelenkter Präsident“ in Frage, wobei auch hier zwei Varianten denkbar sind. In der ersten könnte Putin durch eine Verlagerung von Kompetenzen den Posten des Ministerpräsidenten aufwerten und so die politische Macht an sich ziehen. Medwedew wäre dann eher für reprä-

26 Vgl. dazu das bereits angeführte Interview aus dem Februar 2008 mit dem Politikmagazin „Itogi“, in dem Medwedew gesagt hatte, dass es keine zwei, drei oder fünf Machtzentren gebe, Russland vom Präsidenten verwaltet werde und es laut Verfassung nur einen geben könne. In diesem Gespräch hatte sich Medwedew auch dazu bekannt, dass Russland nur mit Hilfe einer starken Präsidentschaft verwaltet werden könne.

27 Vgl. dazu Schewzowa, Lilija, Der Schein trügt, in: Internationale Politik, 63. Jahrgang, Februar 2008, S. 8-18, hier S. 18. Vgl. auch Rahr, Alexander, Putin und Medwedew. Wer regiert?, in: Internationale Politik, 63. Jahrgang, Februar 2008, S. 19-25.

28 Eventuell könnte es bei dieser Variante auch zu einer Verlagerung größerer Kompetenzen in das Weiße Haus kommen und als Folge des erfolgreichen Zusammenwirkens, rein theoretisch, auch dazu, dass in den Augen der Bevölkerung etwas von dem Ansehen für die Institution und das Amt des Präsidenten auf das Amt des Ministerpräsidenten und das Parlament übergehen könnte.

sentative Zwecke zuständig, während die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen von Tragweite von der Regierung bestimmt würden. Putin würde in dieser Variante de facto aus dem Weißen Haus weiterregieren.

In der zweiten Variante würde Dmitrij Medwedew sein Amt vielleicht sogar nur für einige Monate ausüben und nach kurzer Zeit zurücktreten. Bei den erneuten Wahlen zum Präsidenten könnte sich Wladimir Putin aus formalen Gründen wieder erneut um die Zustimmung durch das russische Volk bewerben, das ihn ohnehin weiter im Kreml sehen wollte.

Zur Zeit lassen sich durchaus Indizien finden, die für jedes der einzelnen drei Szenarien sprechen.²⁹ Daher kann prinzipiell

29 Als Indizien für eine starke Machtstellung als Präsident, die von Medwedew angestrebt wird, kann etwa auf das bereits zitierte Itogi-Interview verwiesen werden, in dem er gesagt hat, dass es in Russland auch weiterhin nur ein Machtzentrum geben werde. Für ein Tandem spricht, dass die beiden Akteure bislang noch eine gemeinsame Agenda, wenn auch mit unterschiedlichen Akzenten, verfolgen. Für das dritte Szenario oder einen neuen Machtdualismus sprechen die Kür Putins zum Vorsitzenden der Partei Einiges Russland, die Verwaltungsreform auf föderaler Ebene (Unterstellung von Filialen der Bundesbehörden unter die Gouverneure, Recht zur Ernennung und Überwachung der Gouverneure durch den Ministerpräsidenten, Neubestimmung des Zuständigkeitsbereichs der sieben Bevollmächtigten des Präsidenten in den Föderalbezirken und Unterstellung unter den Ministerpräsidenten bzw. die Regierung). Als Parteivorsitzender von Einiges Russland mit direktem Zugriff auf die Zweidrittelmehrheit in der Duma, dem Föderationsrat sowie in den regionalen Parlamenten, der Kontrolle über die Gouverneure in den Regionen, der Kontrolle über die wichtigen Geheimdienste sowie der Kontrolle über die Geheimdienste verfügt Putin damit über eine machtpolitisch eindeutig aufgewertete Position als Ministerpräsident. Vgl. FAZ, 29.03.2008, S. 7. Vgl. auch RIA Nowosti, 08.04.2008: „Kommersant“: Tritt Medwedew vorzeitig zurück? (<http://de.rian.ru/>

auch noch keines als gänzlich unwahrscheinlich ausgeschlossen werden. Die Szenarien 1.2 und 2.1. (kurzfristiges Tandem und starker Präsident Medwedew / langfristiges Tandem als Teamwork) scheinen jedoch nach den bisherigen Eindrücken und Äußerungen Putins und Medwedews am ehesten die von den beiden Akteuren ursprünglich intendierten zu sein, denn nach der Logik der gelenkten Demokratie ist anzunehmen, dass die beiden Akteure sich vorab verbindlich auf eine Aufgabenteilung geeinigt haben. Die übrigen Szenarien, d.h. ein Verdrängen Putins durch Medwedew nach kurzer Zeit, ein neuer Machtdualismus an der Spitze oder die Möglichkeit eines schwachen und gelenkten Präsidenten, scheinen hingegen eher als prinzipiell mögliche, aber unbeabsichtigte Entwicklungen in Frage zu kommen.

Die Chance, dass der Reformier Medwedew seine Ziele ohne größere Beeinflussung durchsetzen könnte, wäre insgesamt aber nur im ersten Szenario gegeben. Das zweite Szenario würde bereits bedeuten, dass er Abstriche von seinen politischen Zielen machen müsste. Im dritten Szenario wäre hingegen nur von einer sehr eingeschränkten oder gar nur vorübergehenden Einflussnahme des neuen Präsidenten auszugehen.

3.2. Der neue Präsident und die alten Seilschaften

Neben dem zukünftigen Verhältnis von Präsident und Ministerpräsident Russlands gibt es eine weitere informelle Rahmenbedingung, die von entscheidender Bedeutung dafür sein wird, welche Handlungskorridore Dmitrij Medwedew als neuem Herrn im Kreml offenstehen oder versperrt bleiben werden. Mit größter Wahrscheinlichkeit wird unter Medwedew auch

analysis/20080408/104060504-print.html). Vgl. auch FAZ, 11.04.2008, S. 7: Kleiner Umbau, große Wirkung. Russlands Präsident verliert Macht.

die Existenz von Einflussgruppen innerhalb der politischen Eliten, sprich: die Existenz von miteinander konkurrierenden Elitengruppierungen nichts an ihrer Bedeutung einbüßen. Diese Gruppierungen haben bei vielen Entscheidungen großen Einfluss auf die Politik von Präsident Putin gehabt und die unterschiedlichen Positionen und Zielrichtungen mussten durch den Präsidenten immer wieder aufs Neue untereinander austariert werden.³⁰

Dieses Phänomen, das von Soziologen auch als „kompetitive Oligarchie“ oder „bürokratischer Pluralismus“ bezeichnet worden ist und das es bereits zu Sowjetzeiten gab,³¹ zeichnet sich durch informelle Seilschaften aus, die die Politik – wenn auch in wechselnder Zusammensetzung – sowohl unter Jelzin als auch unter Putin hinter den Kulissen entscheidend beeinflussen und beeinflussen. Zu unterscheiden sind zum einen ein innerer Zirkel der Macht, dem zu Beginn der ersten Amtszeit Wladimir Putins frühere Weggefährten aus Geheimdienst und seiner Zeit in der Petersburger Stadtverwaltung wie Dmitrij Medwedew, Igor Setschin, German Gref, Wiktor Iwanow und Sergej Iwanow ange-

hörten und zum anderen mehrere Gruppierungen, die sich aus administrativen, bürokratischen oder wirtschaftlichen Eliten zusammensetzen. Für die Jelzin-Zeit wurde z.B. eine Gruppe von Eliten (Alexander Woloschin, Michail Kasjanow, Roman Abramowitsch, Oleg Deripaska), die sich um die Familie Boris Jelzins gruppierte, als „Familie“ bezeichnet. Nachdem sich Wladimir Putin jedoch gegen diese Elitengruppierung durchsetzen bzw. von ihrem Einfluss lösen konnte, wird meist von den „Silowiki“, den wirtschaftsliberalen „Reformern“ bzw. Juristen aus St. Petersburg, den „Oligarchen“ und „regionalen Führern“ als nach wie vor existierenden Gruppierungen ausgegangen.³²

Wollte Medwedew den Einfluss dieser Elitengruppierungen per se auf ein für demokratische Verhältnisse normales Maß zurückschneiden, müsste er sich von dem System der gelenkten Demokratie als solchem (siehe dazu den nächsten Abschnitt) verabschieden. Will er sich hingegen nicht von diesem System entfernen, sondern es beibehalten, so folgt daraus zwingend, dass er nicht eine Politik verfolgen kann, die ausschließlich den Interessen und Positionen einer einzelnen Gruppierung entgegenkommt. Vielmehr muss er dann – wie vor ihm Putin – zum einen auch die Interessen der anderen Gruppierungen berücksichtigen und zum anderen muss er dann in den stets hinter den Kulissen ablaufenden Auseinandersetzungen zwischen den unterschiedlichen Gruppierungen vermitteln bzw. als Schiedsrichter fungieren, es sei denn Putin übernimmt für ihn diese Funktion. Dies jedoch bedeutet

30 Als eines der wichtigsten Beispiele für den Einfluss der Elitenzirkel auf Entscheidungen des Präsidenten können der Druck auf Putin, im Amt zu bleiben, sowie die letztliche Entscheidung Putins in der Frage, welchen der möglichen Nachfolger für das Amt des Präsidenten er in seiner Kandidatur unterstützen sollte, angeführt werden. Demnach ist die Entscheidung für Medwedew und das Verbleiben Putins in der Regierung Russlands in aller erster Linie auf das Betreiben von Elitengruppierungen und der Bürokratie zurückzuführen, die eine Minderung ihrer Macht und Einkommensmöglichkeiten nicht hinnehmen wollten. Dies verdeutlicht zugleich, dass die formale Macht des Präsidenten sich in der Praxis erheblich reduziert. Vgl. dazu Götz, Roland, Putins Nachfolge: Rückschritt oder Fortentwicklung des politischen Systems, SWP-Diskussionspapier, 14.10.2007, S. 3.

31 Vgl. Mommsen, Margareta/ Nußberger, Angelika, Das System Putin, München 2007, S. 63-65.

32 Vgl. Mommsen, Margareta/ Nußberger, Angelika, Das System Putin, S. 64-75. Vgl. auch Schneider, Eberhard, Zu Geschichte und politischen Voraussetzungen von Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Russland, in: Europäische Akademie Berlin (Hrsg.), Russland vor den Duma- und Präsidentschaftswahlen und die Konsequenzen für das Verhältnis zur Europäischen Union, Berlin 2003, S. 18-33.

in letzter Konsequenz, dass Dmitrij Medwedew das eher liberale Programm, das er im Wahlkampf angekündigt hat, als Präsident nicht eins zu eins wird umsetzen können. Vielleicht wird er einige Akzente in die von ihm angedachte Richtung setzen können. Mit mehr, gerade im Bereich der Korruptionsbekämpfung und bei dem angekündigten Kampf gegen die Rechtlosigkeit, dürfte er jedoch auf den Widerstand der anderen Gruppierungen und insbesondere auch der reformresistenten Bürokratie treffen. Insofern ähnelt seine Haltung und Lage derjenigen Wladimir Putins, der zu Beginn seiner beiden Amtszeiten als Präsident ebenfalls gegen die Korruption zu Felde ziehen wollte und in diesem Kontext von einer zu verwirklichenden „Diktatur des Gesetzes“ sprach. In der Praxis ist Putin mit diesen Anliegen jedoch nicht weit gekommen. Im Gegenteil – die Korruption ist in seiner Amtszeit sogar exorbitant angestiegen.³³

3.3. *Abschied von der gelenkten Demokratie?*

Die Möglichkeiten des neuen russischen Präsidenten, der Innenpolitik seinen persönlichen Stempel aufzudrücken und ein eventuell vorliegendes liberales Reformprogramm in die Tat umzusetzen, werden auch von der Struktur und der Reichweite des in den letzten Jahren durch die Entscheidungen seines Vorgängers Putin geprägten politischen Systems in Russland

bestimmt werden. Die meisten Beobachter³⁴ sprechen, was dieses System angeht, von einer „gelenkten Demokratie“ oder von einem „bürokratisch-autoritären“ System, das eine ganze Reihe von demokratischen Defiziten (Einschränkung der Unabhängigkeit der Massenmedien und der Pressefreiheit, Einschränkung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Subsysteme bei der Willensbildung auf zentralstaatlicher Ebene, Einschränkung des Spielraums für vom Kreml unabhängige Parteien und eine Opposition in der Staatsduma, Einschränkung des Spielraums für vom Kreml unabhängige politische Eliten und Parteien und eine Opposition auf regionaler Ebene, Einschränkung der Unabhängigkeit der Justiz, Einschränkung der Unabhängigkeit der kommunalen Selbstverwaltung, Behinderung und Einschüchterung von zivilgesellschaftlichen Akteuren) aufweist und auf verschiedenen, im Wesentlichen informellen und nicht durch andere Staatsorgane oder gesellschaftliche bzw. politische Akteure kontrollierbaren, Machtsäulen aufbaut. Da dieses System nur den Schein demokratischer Prinzipien wahrt und demokratische Prozesse lediglich imitiert, wird es bisweilen auch als eine „imitierte Demokratie“ bezeichnet. Transformationstheoretisch gesprochen wurden zwar die institutionellen Grundlagen eines demokratischen Systems gelegt. Diese Institutionen (Duma, Föderationsrat, föderative Subsysteme, Judikative) sind jedoch zum Teil ihrer eigentlichen Funktionen und Aufgaben beraubt worden; zum Teil sind sie auch wieder durch die Bildung von neuen Organen (Staatsrat, Gesellschafts-

33 Nach Angaben des stellvertretenden Generalstaatsanwalts Russlands Alexander Buksman beträgt die Gesamtsumme, die jährlich für Bestechungen aufgewendet wird, 240 Milliarden US-Dollar. Nach Schätzungen der Indem-Stiftung liegt sie sogar bei 300 Milliarden Dollar und damit über den Ausgaben des russischen Haushalts von 216 Milliarden Dollar. Im Korruptionsbarometer von Transparency International liegt Russland auf der Liste von korrupten Staaten auf Platz 121 von 163. Vgl. dazu Schewzowa, Liliya, Der Schein trägt, in: Internationale Politik, 63. Jahrgang, Nr. 2, Februar/ 2008, S. 11.

34 Vgl. Schewzowa, Liliya, Garantiert ohne Garantie. Rußland unter Putin, in: Osteuropa, 56. Jg., Heft 3/ 2006, S. 3-18. Vgl. auch Gudkow, Lew, Staat ohne Gesellschaft. Zur autoritären Herrschaftstechnologie in Russland, in: Osteuropa, 58. Jg., Heft 1/ 2008, S. 3-16. Vgl. auch Inosemzew, Wladislaw, Das Putin-Regime, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 53. Jg., Heft 3/ 2008, S. 35-42.

kammer, Bevollmächtigte des Präsidenten in den sieben föderalen Bezirken, Ernennungsrecht der Gouverneure bzw. Präsidenten der Subjekte der Föderation durch den Präsidenten) dupliziert oder entwertet worden. Russlands Transformation zur Demokratie ist insofern auf halbem Wege angehalten und partiell rückgängig gemacht worden. Eine Konsolidierung des demokratischen Verfassungsrahmens konnte nicht eintreten.

Wie groß ist vor diesem Hintergrund der Spielraum zur Verwirklichung der von Dmitrij Medwedew angekündigten innenpolitischen Reformen? Wie wahrscheinlich ist es unter diesen Bedingungen, dass Dmitrij Medwedew das Russland Wladimir Putins also: „Putins Russland“ – so der Titel von mittlerweile zahlreichen Publikationen³⁵ – substantiell umbaut? Kann man auf eine von Medwedew angestoßene Liberalisierung Russlands, eine Entputinisierung, ein Tauwetter bzw. eine neue Perestrojka hoffen?³⁶

Dies ist eher zu bezweifeln, denn zualtererst scheint dies gar nicht das zentrale Anliegen Medwedews zu sein. Seine bisherigen programmatischen Äußerungen und vor allem sein Plädoyer für eine Fortsetzung einer „ruhigen und stabilen Entwicklung Russlands“³⁷ legen eher den Schluss nahe, dass er kein Interesse dar-

an hat, an den Grundkonstanten des unter Wladimir Putin entstandenen politischen Systems etwas zu verändern.

Zweitens hat Medwedew das System der gelenkten Demokratie selbst mit aufgebaut und ist insofern ein Teil dieses Systems. Dies wird auch daran deutlich, dass er bei seinen spärlichen Auftritten im Wahlkampf die Schaffung dieses System ausdrücklich als notwendig, legitim und unumgänglich befürwortete. So sprach er etwa Ende Januar 2008 davon, dass „alles, was in den letzten acht Jahren im Land gemacht wurde, darauf zielte, Russland eine langfristige Perspektive für eine erfolgreiche Entwicklung zu geben. Ich unterstreiche, alles: angefangen von den Maßnahmen zur Einführung der verfassungsmäßigen Ordnung und zum Erhalt der Integrität des Landes bis zur Einrichtung von elementaren sozialen Garantien der Menschen.“³⁸ Daher scheint es wenig wahrscheinlich, dass er es nun in die entgegengesetzte Richtung umbauen will.³⁹

Drittens dürften die Machtstellung und Beharrungskräfte der wichtigsten Elitengruppierungen und der Bürokratie sowie die bei dem Machtwechsel in das bestehende System eingebauten Sicherungsmechanismen, insbesondere das Verbleiben von Wladimir Putin im Amt des Ministerpräsidenten, den neuen Präsidenten daran hindern, ein allzu weitreichendes politisches Reformprogramm in Angriff zu

35 Unter anderem trägt auch eines der letzten Bücher der ermordeten Journalistin Anna Politkowskaja diesen Titel. Vgl. Politkowskaja, Anna, In Putins Russland, Köln 2005. Aber auch einige der wichtigsten wissenschaftlichen Analysen tragen diesen oder einen ähnlichen Titel. Vgl. etwa Mommsen, Margareta/ Nußberger, Angelika, Das System Putin. Gelenkte Demokratie und politische Justiz in Russland, München 2007. Vgl. auch Schewzowa, Lilija, Putin's Russia, Washington 2005.

36 So die Frage von Andrej Piontowskij. Vgl. Piontowskij, Andrej, Budet li ottepel'?, (<http://grani.ru/Politics/Russia/President/p.132110.html>).

37 Vgl. Wystuplenie na II. Obstscherossijskoj grashdanskom forume, 22.01.2008 (<http://www.medvedev2008.ru/program.htm>).

38 Vgl. Wystuplenie na II. Obstscherossijskoj grashdanskom forume, 22.01.2008 (<http://www.medvedev2008.ru/program.htm>).

39 Zudem würde er bei einem Vorgehen gegen das bestehende System der gelenkten Demokratie schnell an seine Grenzen stoßen, denn schließlich verdankt er seine Position als Präsident diesem System und er würde seine eigene Legitimität beschädigen, wenn er das System in Frage stellen würde. Wie könnte er beispielsweise gegen die Lenkung von Wahlen vorgehen, wenn es gerade ein solcher gelenkter und bereits vor den eigentlichen Wahlen entschiedener Auswahlprozess war, der ihn an die Macht gebracht hat?

nehmen. Sein Handlungskorridor dürfte in dieser Richtung stark eingeschränkt sein, wie auch die Aussage Putins auf einer Pressekonferenz im Oktober 2007, Russland werde nach der im Entwicklungsplan des Landes bis 2020 festgelegten Strategie in den nächsten 15 bis 20 Jahren „im manuellen Regime“ verwaltet,⁴⁰ verdeutlicht. Diese Richtlinie hat Putin auch auf seiner Abschiedspressekonferenz bekräftigt.

Schließlich gibt es auch in der Bevölkerung keine hinreichende Zustimmung und keine Perzeption einer Notwendigkeit für einen Umbau der Vertikale der Macht und einen Abschied von der gelenkten Demokratie. Vielmehr steht die russische Bevölkerung dem Russland Putins teilweise zwar durchaus kritisch, insgesamt aber eher zustimmend bis apathisch gegenüber.⁴¹ Die Beschneidung der politischen Freiheiten wird flächendeckend nicht als schwerwiegend empfunden. Die Zustimmung zu autoritären Modellen und Ordnungsprinzipien („Russland braucht eine starke Hand“) ist nach wie vor sehr hoch, die Zustimmung zur Demokratie nach westlichem Vorbild dementsprechend gering. Ohne die nötige Unterstützung in der Bevölkerung fehlen dem neuen Präsidenten Russlands jedoch sämtliche Möglichkeiten für weiterreichende, fundamentale politische Reformen.

40 Vgl. RIA Nowosti, 18.10.2007: Putin: Russland wird in den nächsten 20 Jahren „manuell verwaltet“ (<http://de.rian.ru/russia/20071018/846893-print.html>). Vgl. auch Coalson, Robert, Russia: Moscow Shifts From „Managed Democracy“ to „Manual Control“, in: Radio Free Europe/ Radio Liberty, 03.12.2007 (<http://www.rferl.org>).

41 Vgl. Dubin, Boris, Gesellschaft der Anpassten. Die Breshnew-Ära und ihre Aktualität, in: Osteuropa, 57. Jg., 12/ 2007, S. 65-78. Der Befund einer gesellschaftlichen Gleichgültigkeit gegenüber der Beschneidung demokratischer Freiheiten und Rechte und einer hohen Zustimmung zu den aktuell bestehenden politischen Verhältnissen lässt sich auch in allen Erhebungen russischer Meinungsforschungsinstitute nachweisen.

Insgesamt liegt es daher nahe, dass Medwedew keine substantiellen, sondern höchstens graduelle Änderungen vornehmen und sein Reformeifer sich auf einen evolutionären Entwicklungskurs beschränken wird.⁴² Ein einschneidender und grundlegender Abschied von den innenpolitischen Grundkonstanten russischer Politik, sprich der unter Präsident Putin installierten gelenkten Demokratie, scheint sehr unwahrscheinlich.

3.4. *Russlands neue Großmachtrolle*

Was die Frage angeht, wie weit Dmitrij Medwedew sich von dem bisherigen außenpolitischen Kurs Russlands und den in diesem Bereich getroffenen Entscheidungen und prinzipiellen Festlegungen entfernen kann bzw. will, so scheint zunächst eine gewisse Entspannung besonders im Verhältnis Russlands zum Westen nicht ausgeschlossen. Schließlich ist die Hauptaufgabe, vor der Russland in den letzten eineinhalb Jahren stand – das sogenannte „Projekt 2008“, d.h. eine sichere Machtübergabe von Putin an seinen Nachfolger – bewältigt. Die schrillen Töne gegenüber dem Westen und insbesondere den Vereinigten Staaten, die wohl in erster Linie aus wahltaktischen Gründen angeschlagen wurden, dürften nach den Wahlen in moderatere und gedämpftere Tonlagen übergehen. Dies zeigte bereits das letzte Zusammentreffen des noch amtierenden

42 Auch dies muss sich jedoch erst noch erweisen. Denn es gibt in der sowjetischen und russischen Geschichte beileibe genügend Beispiele dafür, dass sich ein Parteiführer bzw. Präsident im Amt seiner früheren Überzeugungen und Verbindlichkeiten entledigte, das Ruder herumriss und das Staatsschiff in die entgegengesetzte Richtung steuerte (Chruschtschow, Gorbatschow, Putin). Als zwingende Voraussetzung müsste er sich dabei aber auf eine zuvor ausreichend gefestigte Machtposition oder/und die Zustimmung der Bevölkerung verlassen können. Beides ist momentan für Dmitrij Medwedew jedoch noch nicht zu erkennen.

russischen Präsidenten Putin mit dem scheidenden amerikanischen Präsidenten Bush sowie das Auftreten Putins auf dem NATO-Gipfel in Bukarest Anfang April 2008.⁴³

Ein gänzlicher Wandel der russischen Außenpolitik scheint jedoch wenig wahrscheinlich, denn zum einen wird es auch in der nahen Zukunft an Reibungspunkten (NATO-Osterweiterung um Ukraine und Georgien, Raketenabwehr, Verhältnis zur EU, Energiepartnerschaft mit Europa, Iran, Regelung der Statusfrage in den frozen conflicts, etc.)⁴⁴ nicht mangeln. Zum anderen wird bei der These, des Primats der Innenpolitik über die Außenpolitik bzw. einer Rückkoppelung (linkage) der Innen- auf die Außenpolitik⁴⁵ häufig übersehen, dass Russlands Anspruch auf eine Großmachtrolle auch aus Faktoren wie etwa der wirtschaftlichen Gesundung des Landes, der territorialen Ausdehnung und Bedeutung des Landes (Sitz im UN-Sicherheitsrat, nuklearstrategisches Potential), seiner geographischen Lage, den Veränderungen in den internationalen Beziehungen, Fehlern westlicher Russlandpolitik, historischen Konstanten und Traditionslinien russischer Außenpolitik sowie

der Verankerung in der nationalen Selbstidentifikation und politischen Kultur Russlands⁴⁶ herrührt, an denen sich zu einem Großteil in der nahen Zukunft wenig ändern wird.

Auch die programmatischen Äußerungen Dmitrij Medwedews und Aussagen Wladimir Putins führen zu diesem Schluss. So betonte der Präsidentschaftskandidat Medwedew bei seinem Auftritt vor dem zweiten Gesamtrussischen Bürgerforum im Januar 2008 Russlands Anspruch auf eine bestimmende Rolle in den internationalen Beziehungen und folgte auch in späteren Äußerungen im Wesentlichen der außenpolitischen Linie des noch amtierenden Präsidenten. Dieser wiederum machte auf seiner letzten Pressekonferenz deutlich, dass er auch die von ihm eingeleitete außenpolitische Wende als einen Aktivposten in seiner Regierungsbilanz sehe und die Fortsetzung dieser Politik durch seinen Nachfolger als Teil des Entwicklungsplans bis 2020 verstehe.⁴⁷

Wenn dem so ist, kann angenommen werden, dass sich an den Grundparametern der russischen Außenpolitik ebenfalls nur graduell etwas ändern wird. Was sich

43 Vgl. FAZ, 07.07.2008, S. 1: Bush und Putin vereinbaren einen Leitfaden für ihre Nachfolger. Vgl. auch Süddeutsche Zeitung, 05.04./06.04.2008, S. 1: Putin: Lasst uns Freunde sein, Leute.

44 Zu den in der letzten Zeit aufgelaufenen Differenzen und Positionsunterschieden zwischen Russland und dem Westen vgl. Singhofen, Sven C., Deutschland und Russland zwischen strategischer Partnerschaft und Konkurrenz. Ein Vorschlag für die Praxis, Arbeitspapier der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Nr. 169/ 2007.

45 Hannes Adomeit erklärt die Außen- und Sicherheitspolitik unter Präsident Putin und den Großmachtanspruch Russlands im Wesentlichen als eine Funktion der in der russischen Innenpolitik geltenden Ordnungsvorstellungen, sprich: der autoritären Strukturen. Vgl. Adomeit, Hannes, Putins Paukenschläge, in: Internationale Politik, 63. Jahrgang, Nr. 2, Februar/ 2008, S. 53-62.

46 Andrej Sagorskij hat vor kurzem darauf hingewiesen, dass der großmachtpolitische Anspruch Russlands als Hinterlassenschaft der letzten Putin-Jahre den aktuellen Mainstream-Konsens unter den russischen politischen Eliten widerspiegelt. Vgl. Sagorskij, Andrej, Der Machtwechsel in Moskau – die außenpolitische Hypothek, in: Russlandanalysen, Nr. 155, 01.02.2008, S. 2-5. Meinungsumfragen bestätigen zugleich seit einiger Zeit die hohe Unterstützung der russischen Bevölkerung für diesen außenpolitischen Kurs.

47 Vgl. Wystuplenie na II. Obstscherossijskom grashdanskom forume, 22.01.2008 (<http://www.medvedev2008.ru/program.htm>). Vgl. auch RIA Nowosti, 14.02.2008: Putins Abschieds-Pressekonferenz: Außenpolitische Themen im Überblick (<http://de.rian.ru/analysis/20080214/99220853-print.html>). Vgl. auch RIA Nowosti, 18.02.2008: Medwedew: Russlands Machtzentrum bleibt der Kreml (<http://de.rian.ru/analysis/20080218/99522555-print.html>).

ändern könnte, ist vielleicht der bisweilen überspitzt-konfrontative Stil und die Rhetorik, mit der russische Anliegen auch auf internationaler Ebene vorgebracht werden. Auch das Russland unter Dmitrij Medwedew wird jedoch an seiner Rolle als Großmacht festhalten und weiterhin seine Interessen verfolgen, bisweilen wohl auch gegen die Interessen westlicher Akteure. Russland wird als „Status quo-Macht“ insbesondere versuchen, Veränderungen in seiner näheren Umgebung entgegenzuwirken. Es wird weiterhin großen Wert darauf legen, seine souveräne Position zu behalten und sich nicht zu eng an die Europäische Union oder die USA zu binden, was vereinzelte gemeinsame Aktionen jedoch nicht ausschließt.⁴⁸

4. Fazit: Wohin geht Russland unter Dmitrij Medwedew?

So scheint als Fazit nahe zu liegen, dass der neue Präsident Russlands aufgrund seines biographischen Hintergrunds, seiner Zuordnung zu den eher reformbereiten und liberal gesinnten Kräften innerhalb der russischen Eliten sowie seiner im Wahlkampf vorgetragenen politisch-programmatischen Absichten prinzipiell durchaus als ein liberaler Akteur einzuschätzen ist. Einige Beobachter sehen deswegen und aufgrund der Art des Übergangs von Putin zu Medwedew auch den ersten Schritt zur Auflösung der autoritären Verhältnisse qua „Entsakralisierung“ und „Entpersonalisierung“ der Macht sowie die Chance für Russland, erneut einen demokratischen Pfad einzuschlagen, gegeben.⁴⁹

Zweifel hinsichtlich der Möglichkeiten Medwedews zur praktischen Umsetzung eines allzu liberalen Programms ergeben

sich jedoch aus den dargelegten Gründen. Eine substantielle, geschweige denn eine 180-Grad-, Wende der russischen Innen- und Außenpolitik ist daher insgesamt eher unwahrscheinlich. Viel wahrscheinlicher ist, dass der Machtwechsel von Putin zu Medwedew nur graduelle Änderungen in der Innen- wie Außenpolitik Russlands nach sich ziehen wird. Der Schwerpunkt der politischen Agenda Dmitrij Medwedews wird vielmehr auf der Innenpolitik – und hier auf einer Fortsetzung der wirtschaftlichen Modernisierung Russlands – liegen. Hier steht Russland unverändert vor der Herausforderung, seine Wirtschaftsstruktur zu diversifizieren. Auch die Fortsetzung der begonnenen vier nationalen Projekte (Wohnungsbau, Gesundheit, Landwirtschaft, Gesundheitswesen) zählt zu den nach wie vor zu lösenden Aufgaben, ebenso wie die unter Putin allenfalls begonnene Militärreform. Außenpolitisch dürfte die größte Herausforderung darin bestehen, unter Beweis zu stellen, dass Russland willens ist, die von ihm beanspruchte Großmachtrolle in den internationalen Beziehungen auch in einem konstruktiven und verantwortlichen Sinne auszufüllen.

An den Grundkonstanten der politischen Entwicklung Russlands, die unter Putin neu justiert worden sind, wird sich daher wenig bis gar nichts ändern. Russland wird auf absehbare Zeit eine gelenkte Demokratie bleiben und auch den unter Putin begonnenen außenpolitischen Kurs, der die Stärke und Bedeutung Russlands in den internationalen Beziehungen betont, fortsetzen.⁵⁰ Aufgrund persönlicher

48 Vgl. dazu Sagorskij, Andrej, Der Machtwechsel in Moskau, S. 2-5.

49 Vgl. etwa Furman, Dmitrij, Russland am Scheideweg. Logik und Ende der „imitierten Demokratie“, in: Osteuropa, 58. Jg., 2/2008, S. 3-15.

50 Dafür, dass Russland sich auch unter Dmitrij Medwedew nicht maßgeblich von dem System der gelenkten Demokratie entfernen sondern daran festhalten und dieses System sogar ausbauen wird, spricht zum einen die bereits zitierte Aussage Wladimir Putins, Russland werde in den nächsten 15 bis 20 Jahren im „manuellen Regime“ gelenkt werden. Zum anderen wird dies aber auch durch die jüngste Entwicklung kurz

Faktoren ist für den letzteren Politikbereich allenfalls von einem anderen, weniger offensiv-rustikalen Stil auszugehen, während für die Innenpolitik dahingestellt bleiben muss, ob bzw. in welchem Umfang die Ankündigungen aus dem Wahlkampf (Bekämpfung der Korruption, Förderung von Rechtsstaatlichkeit, Zivilgesellschaft und freien Massenmedien) umgesetzt werden.

Daraus folgt, dass Europa und Deutschland es auch in Zukunft mit einem weitgehend autoritär strukturierten, schwierigen Partner zu tun haben werden. Die Reibungsverluste, zu denen es in der letzten Zeit zwischen dem Westen und Russland und insbesondere in den europäisch-russischen Beziehungen gekommen ist, werden daher auch unter Dmitrij Medwedew nicht verschwinden, sondern weiterhin von Bedeutung bleiben. An erster Stelle werden dabei in der nächsten Zeit die Diskussion und die weitere Entwicklung hinsichtlich der Erweiterung der NATO um neue Mitglieder aus Osteuropa (Georgien, Ukraine), der Regelung der sogenannten eingefrorenen Konflikte v.a. im Südkaukasus und des Aufbaus eines Raketenabwehrsystems in Osteuropa stehen. Von diesen Fragen wird beispielsweise auch abhängen, inwiefern es gelingt, ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen Russland und der Europäischen Union auszuhandeln.

vor und nach den Präsidentschaftswahlen 2008 bestätigt. So dürfte ein Änderungsentwurf für das geltende russische Extremismugesetz, das derzeit in der Duma beraten wird, für weitere Einschränkungen der Presse- und Versammlungsfreiheit sowie einer Kontrolle des Internets führen. Nach den Wahlen wurden zudem Kandidaten oder deren Anhänger, die in Opposition zum Kreml standen (Michail Kasjanow, Maxim Resnik), unter Druck gesetzt oder verhaftet. Vgl. RIA Nowosti, 13.03.2008: Amnesty International: Kreml knebelt Medien und NGO's (<http://de.rian.ru/analysis/20080313/101242109-print.html>). Vgl. auch FAS, 09.03.2008, S. 35: Die unheimlichen Kontrolleure.